

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT**  
**COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

**MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**

[2015/201470]

**2. MÄRZ 2015 — Programmdekret 2015 (1)**

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

*KAPITEL 1 — Personenbezogene Angelegenheiten*

*Abschnitt 1 — Kinderbetreuung*

**Artikel 1** - In Artikel 2 Absatz 1 des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung werden folgende Nummern 5, 6 und 7 eingefügt:

- «5. KBAK: Kommunalen Beratungsausschuss für Kinderbetreuung;
- 6. Fachbereich: der für Familie zuständige Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
- 7. Minister: der für die Familienpolitik zuständige Minister der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.»

**Art. 2** - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 3.1 eingefügt:

«*Art. 3.1 - Personenbezeichnungen*

Alle in vorliegendem Dekret verwendeten Personenbezeichnungen gelten für beide Geschlechter.»

**Art. 3** - Artikel 7 Absatz 2 desselben Dekrets wird um folgenden Satz ergänzt:

«Die Sicherheit der Räumlichkeiten wird insbesondere durch ein positives Brandschutzgutachten des zuständigen Feuerwehrkommandanten belegt.»

**Art. 4** - In dasselbe Dekret wird zwischen Kapitel 5 und Kapitel 6 folgendes Kapitel 5.1, das die Artikel 16.1 bis 16.4 umfasst, eingefügt:

*«KAPITEL 5.1 — Kommunalen Beratungsausschuss für Kinderbetreuung*

*Art. 16.1 - Einsetzung des KBAK*

Der Gemeinderat jeder Gemeinde des deutschen Sprachgebiets setzt einen KBAK ein und legt seine Geschäftsordnung fest.

*Art. 16.2 - Zusammensetzung*

§ 1 - Der KBAK setzt sich zusammen aus:

1. einem Vertreter des Gemeindegremiums;
2. einem Vertreter des öffentlichen Sozialhilfezentrums der Gemeinde;
3. jeweils einem Vertreter pro auf dem Gemeindegebiet angesiedelte Schule;
4. jeweils einem Vertreter pro Elternrat, der gegebenenfalls einer der in Nummer 3 erwähnten Schulen beigeordnet ist.

Für jedes in Absatz 1 erwähnte effektive Mitglied wird ein Ersatzmitglied bestellt.

§ 2 - Dem KBAK gehören ebenfalls mit beratender Stimme an:

1. ein Vertreter des Ministers;
2. ein Vertreter des Fachbereichs;
3. ein Vertreter des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen;
4. andere für die Kinderbetreuung wichtige lokale Partner, die vom KBAK zu den Beratungen hinzugezogen werden.

Die Regierung kann weitere Dienstleister bestimmen, die dem KBAK mit beratender Stimme angehören.

*Art. 16.3 - Funktionsweise*

Der Vertreter des Gemeindegremiums übernimmt den Vorsitz der Sitzungen des KBAK. Diese werden auf Initiative des Vorsitzenden oder nach schriftlicher Anfrage eines Interessenten und/oder eines potenziellen Dienstleisters durch den Vorsitzenden einberufen.

Ein Personalmitglied der Gemeindeverwaltung wohnt den Sitzungen des KBAK bei und führt unter der Verantwortung des Vorsitzenden das Protokoll.

Die Regierung kann die weitere Funktionsweise präzisieren.

*Art. 16.4 - Aufgaben*

§ 1 - Der KBAK erstellt auf Anfrage des Ministers innerhalb einer von ihm vorgegebenen Frist oder aus eigener Initiative ein Gutachten an den Minister zu den folgenden Punkten:

1. die Ermittlung des kurz- und mittelfristigen Bedarfs an Kinderbetreuung in der Gemeinde;
2. die Formulierung von Handlungsempfehlungen zur Verbesserung des Angebots der Kinderbetreuung unter Beachtung der lokalen Gegebenheiten und Ermittlung der hierfür notwendigen quantitativen und qualitativen Voraussetzungen.

§ 2 - Der KBAK bezieht Stellung zu allen neuen lokalen Initiativen der Kinderbetreuung und lässt dem Minister seine Stellungnahme zukommen. Zu diesem Zweck übermittelt der potenzielle Dienstleister dem KBAK vorab alle dazu notwendigen Unterlagen.

Die Stellungnahme beinhaltet zumindest eine Behandlung folgender Punkte:

1. der Bedarf für die neue Initiative der Kinderbetreuung unter Berücksichtigung der geographischen, demographischen und sozioökonomischen Gegebenheiten;
2. die Eignung und Lage der vorgesehenen Räumlichkeiten;
3. das Betreuungskonzept;
4. die vorgesehene Aufnahmekapazität;
5. die Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten;
6. bei nicht einstimmiger Stellungnahme, die Darlegung der verschiedenen Positionen.

Der KBAK lässt dem Minister seine Stellungnahme innerhalb einer Frist von 90 Tagen nach Erhalt der Unterlagen des potenziellen Dienstleisters zukommen.

In Abweichung von Absatz 1 kann die Regierung Ausnahmefälle festlegen, in denen aufgrund der begrenzten Tragweite der betroffenen Initiative keine Stellungnahme des KBAK erforderlich ist.

§ 3 - Die Regierung kann dem KBAK weitere Aufgaben erteilen.»

#### *Abschnitt 2 — Personen mit Behinderung*

**Art. 5** - In Artikel 4 § 1 Nummer 4bis Spiegelstrich 4 des Dekrets vom 19. Juni 1990 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung, eingefügt durch das Dekret vom 16. Dezember 2003 und abgeändert durch das Dekret vom 20. Februar 2006, wird die Wortfolge "durch den in Artikel 20 vorgesehenen Prüfungsausschuss" durch die Wortfolge "durch das in Artikel 20 erwähnte beratende Fachgremium" ersetzt.

**Art. 6** - Artikel 20 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 16. Dezember 2003, 20. Februar 2006 und 15. März 2010, wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 wird wie folgt ersetzt:

«§ 1 - Auf Vorschlag des Verwaltungsrates schafft die Regierung ein beratendes Fachgremium.

Das beratende Fachgremium ist unabhängig und pluridisziplinär besetzt und gemäß den in Absatz 3 beschriebenen Aufgaben beratend, gutachterlich und als Schlichter tätig. Seine Arbeiten nimmt das Gremium unter Berücksichtigung des ganzheitlichen Ansatzes wahr.

Das beratende Fachgremium hat folgende Aufgaben:

1. auf Anfrage des Verwaltungsrates oder des Direktors:
  - a) Gutachten über Anträge auf Einschreibung von Personen mit einer Behinderung und über individuelle Hilfs- und Betreuungsprogramme der für die soziale und berufliche Integration von Personen mit einer Behinderung erforderlichen Maßnahmen abgeben;
  - b) Gutachten darüber abgeben, ob die therapeutischen Behandlungen, die therapeutisch-technischen Hilfen, die besonderen pädagogischen Hilfsmittel oder die operativen Eingriffe, die ein Kind oder Jugendlicher mit einer Behinderung erhält bzw. denen es/er sich unterzieht, als notwendige Voraussetzung für die soziale Integration zu betrachten sind;
  - c) Gutachten zu Situationen abgeben, in denen im Dienstleistungsnetzwerk des Behindertenbereichs Lücken auftauchen oder neue Bedarfe von spezifischen Zielgruppen festgestellt werden;
  - d) Gutachten zu vorgeschlagenen neuen Projekten und Dienstleistungen im Behindertenbereich abgeben;
  - e) Gutachten zu deontologischen Fragen im Behindertenbereich abgeben;
2. auf Anfrage des Verwaltungsrates oder des Direktors als Schlichtungsstelle im Rahmen des Beschwerdemanagements tätig werden;
3. Konzepte zur Umsetzung der Behindertenpolitik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft auf Grundlage des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderung überprüfen und begutachten;
4. im Rahmen der von der Regierung festgelegten Bedingungen und Verfahrensregeln Aufträge zur Überprüfung der in Artikel 30 erwähnten Einrichtungen und Vereinigungen durchführen;
5. auf Anfrage des Verwaltungsrates außerordentliche gutachterliche Tätigkeiten wahrnehmen.

Das beratende Fachgremium setzt sich zusammen aus:

1. zwei Mitgliedern des Verwaltungsrates;
2. zwei Fachpersonen aus dem Bereich der sozialen und beruflichen Integration von Personen mit einer Behinderung;
3. einer Fachperson aus dem Bereich der Beschäftigung;
4. einer Fachperson aus dem Bereich des Unterrichtswesens.

Die Regierung bezeichnet auf Vorschlag des Verwaltungsrates:

1. die Mitglieder des beratenden Fachgremiums;
2. aus diesen Mitgliedern den Vorsitzenden des Gremiums.

Der Direktor kann den Sitzungen des beratenden Fachgremiums mit beratender Stimme beiwohnen.»

2. In den §§ 2-4 wird die Wortfolge "der Prüfungsausschuss" mit den entsprechenden grammatikalischen Anpassungen jeweils durch die Wortfolge "das beratende Fachgremium" ersetzt.

**Art. 7** - Artikel 21 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 20. Februar 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "des Prüfungsausschusses" durch die Wortfolge "des in Artikel 20 erwähnten beratenden Fachgremiums" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "des in Artikel 20 erwähnten Prüfungsausschusses" durch die Wortfolge "des beratenden Fachgremiums" ersetzt.

*Abschnitt 3 — Jugendhilfe*

**Art. 8** - Die Überschrift des Dekrets vom 9. Mai 1988 über die Betreuung von Kindern bis zu 12 Jahren und über den Fonds für Schwangere in Notlagen und zum Schutz von Kindern, ersetzt durch die Dekrete vom 7. Januar 2002 und 19. April 2010, wird wie folgt ersetzt:

« Dekret über den Fonds für besondere Hilfe für Kinder und Jugendliche »

**Art. 9** - Artikel *6bis* desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 21. Januar 1991 und abgeändert durch die Dekrete vom 20. Februar 2006, 25. Juni 2007, 19. April 2010 und 31. März 2014, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird die Wortfolge "Fonds für Schwangere in Notlagen und zum Schutz von Kindern" durch die Wortfolge "Fonds für besondere Hilfe für Kinder und Jugendliche, hiernach Fonds genannt," ersetzt.

2. In § 1 Absatz 2 wird die Wortfolge "für Schwangere in Notlagen und zum Schutz von Kindern" gestrichen.

3. In § 2 wird die Wortfolge "für Schwangere in Notlagen und zum Schutz von Kindern" gestrichen.

4. In § 3 Absatz 2 wird die Wortfolge "Nummern 1-3" durch die Wortfolge "Nummern 2 und 3" ersetzt.

*Abschnitt 4 — Senioren*

**Art. 10** - Artikel 12 § 3 des Dekrets vom 4. Juni 2007 über die Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren, die Seniorenresidenzen und über die psychiatrischen Pflegewohnheime, abgeändert durch das Dekret vom 13. Februar 2012, wird aufgehoben.

*KAPITEL 2 — Kulturelle Angelegenheiten**Abschnitt 1 — Kultur*

**Art. 11** - In Artikel 37 § 2 des Dekrets vom 18. November 2013 zur Förderung von Kultur in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird die Wortfolge "bis zum 31. März des Jahres, in dem das Projekt beginnt," durch die Wortfolge "bis zum 31. Dezember des Jahres, das dem Jahr des Projektbeginns vorausgeht," ersetzt.

**Art. 12** - Artikel 69 Absatz 2 Nummer 3 desselben Dekrets wird aufgehoben.

**Art. 13** - In Artikel 80 § 1 desselben Dekrets werden folgende Nummern 4 und 5 eingefügt:

«4. die in Artikel 11 des Dekrets vom 18. März 2002 zur Infrastruktur erwähnten Rechtspersonen, die gemäß demselben Dekret Zuschüsse für Bau- und/oder Ausstattungsvorhaben im Kulturbereich von der Deutschsprachigen Gemeinschaft erhalten können;

5. gemäß dem Dekret vom 16. Dezember 2003 über die Förderung von kreativen Ateliers geförderte kreative Ateliers.»

*Abschnitt 2 — Jugend*

**Art. 14** - Artikel 14 Absatz 1 Nummer 7 des Dekrets vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit wird aufgehoben.

**Art. 15** - In dasselbe Dekret wird zwischen Kapitel 5 und Kapitel 6 folgendes Kapitel 5.1, das die Artikel 55.1 bis 55.4 umfasst, eingefügt:

*«KAPITEL 5.1 — Ausrüstungsgegenstände**Art. 55.1 - Grundsätze der Förderung*

§ 1 - Im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel kann die Regierung Zuschüsse für die Anschaffung von Ausrüstungsgegenständen gewähren, die zur Ausübung der Jugendarbeit dienen, die nicht zu einer Infrastruktur gehören und die dazu bestimmt sind, einen Teil der Kosten für die Erneuerung oder Erweiterung der Grundausrüstung zu decken.

§ 2 - Zuschüsse für Ausrüstungsgegenstände werden nur gewährt:

1. wenn vor jeder Bestellung und jedem Ankauf das Einverständnis der Regierung eingeholt wurde;

2. wenn der Antragsteller sich schriftlich dazu verpflichtet:

a) die bezuschussten Gegenstände während fünf Jahren ab dem Tag der Auszahlung der Zuschüsse weder gegen Bezahlung noch unentgeltlich abzutreten;

b) der Regierung jederzeit die Überprüfung der Angaben zu ermöglichen und Einsicht in alle diesbezüglichen Unterlagen zu gewähren;

c) die Regierung unverzüglich über seine Auflösung zu informieren.

Im Falle einer Auflösung werden die bezuschussten Gegenstände im Einverständnis mit der Regierung einer anderen Jugendorganisation zur Verfügung gestellt.

*Art. 55.2 - Antrag*

§ 1 - Antragsberechtigt sind geförderte Jugendorganisationen.

§ 2 - Um den Zuschuss während des laufenden Haushaltsjahres erhalten zu können, reichen die Antragsteller ihren Antrag vor dem 31. März des betreffenden Jahres bei der Regierung ein.

§ 3 - Dem Antrag sind beizufügen:

1. eine Begründungserklärung;

2. eine Kostenaufstellung.

In Abweichung von Absatz 1 Nummer 2 reicht der Antragsteller drei Kostenvoranschläge ein, wenn der Preis der Ausrüstung 5.500 Euro ohne Mehrwertsteuer übersteigt.

*Art. 55.3 - Zuschuss*

Nach Prüfung der Erfüllung der Förderbedingungen kann die Regierung einen Zuschuss für Ausrüstungsgegenstände von höchstens 50 % vergeben.

*Art. 55.4 - Verpflichtungen*

Die Ausrüstungsgegenstände, die mit auf Grundlage dieses Kapitels gewährten Zuschüssen angeschafft wurden, sind gegen Feuer zu versichern, wenn sie an ein und derselben Stelle aufbewahrt werden.»

## Abschnitt 3 — Sport

**Art. 16** - In Artikel 22 § 1 Absatz 2 Nummer 2 des Sportdekrets vom 19. April 2004, ersetzt durch das Dekret vom 24. Februar 2014, wird zwischen die Wortfolge "insofern die Genehmigung" und die Wortfolge "des Schulleiters der Einrichtung vorliegt" die Wortfolge "des für das Unterrichtswesen zuständigen Ministers oder" eingefügt.

**Art. 17** - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 22.2 eingefügt:

«Art. 22.2 - Förderung von Übungsleitern, Trainern und Lehrern für Leibeserziehung

Die Regierung kann nach positivem Gutachten der Sportkommission Übungsleitern, Trainern und Lehrern für Leibeserziehung eine finanzielle Unterstützung von höchstens 50 % der Fahrt- und Unterbringungskosten sowie der Einschreibgebühren zur Teilnahme an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen im In- und Ausland gewähren.»

**Art. 18** - In Artikel 23 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 24. Februar 2014, wird nach Absatz 4 folgender neuer Absatz eingefügt:

«Hochqualifizierten Sportvereinen für Personen mit einer Behinderung kann darüber hinaus eine jährliche Unterstützung zur freien Verwendung von 1.750 Euro gewährt werden.»

**Art. 19** - In Artikel 24 Absatz 1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 24. Februar 2014, wird zwischen das Wort "Verpflegungskosten" und das Wort "erhalten" die Wortfolge "sowie der Einschreibgebühren" eingefügt.

**Art. 20** - In Artikel 24.1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 24. Februar 2014, wird die Wortfolge "oder als hochqualifizierte Sportverein" durch die Wortfolge "verfügen bzw. nicht als hochqualifizierte Mannschaft" ersetzt.

**Art. 21** - In Artikel 26 desselben Dekrets wird zwischen Absatz 1 und Absatz 2 folgender neuer Absatz eingefügt:

«Wird ein bereits bezuschusstes Projekt weiterhin für ein oder mehrere Jahre genehmigt, beträgt der in Absatz 1 erwähnte Zuschuss höchstens 250 Euro.»

**Art. 22** - Artikel 30 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 24. Februar 2014, wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz wird das Wort "Artikel" durch die Wortfolge "Artikeln 22.2," ersetzt.

2. In Spiegelstrich 2 wird die Wortfolge "Bus beträgt die Kilometerentschädigung 0,75 Euro" durch die Wortfolge "gemeinschaftlichen Verkehrsmittel gelten die in Rechnung gestellten Beträge des Transportunternehmers" ersetzt.

**Art. 23** - In Artikel 31 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 15. Dezember 2008 und 24. Februar 2014, wird zwischen Absatz 1 und Absatz 2 folgender neuer Absatz eingefügt:

«Der in Artikel 22.2 erwähnte Zuschuss kann jederzeit bei der Regierung beantragt werden. Der Antrag wird durch den jeweiligen Betroffenen persönlich gestellt. Dem Antrag sind die für die Bezuschussung erforderlichen Unterlagen beizufügen.»

**Art. 24** - In Artikel 39 desselben Dekrets wird nach Absatz 2 folgender neuer Absatz eingefügt:

«Der Sportrat erteilt die in Artikel 34 erwähnten Gutachten innerhalb einer Frist von 30 Tagen nach Erhalt des Antrags. In Ermangelung eines fristgerechten Gutachtens gilt dieses als positiv.»

**Art. 25** - Artikel 48 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

«Die Bekämpfung des Dopings sowie die entsprechenden Kontrollen erfolgen gemäß den Bestimmungen des Dekrets vom 16. Januar 2012 zur Bekämpfung des Dopings im Sport.»

2. Absatz 2 Nummer 2 wird wie folgt ersetzt:

«2. die Liste der verbotenen Wirkstoffe, Praktiken und Methoden im Sinne des in Absatz 1 erwähnten Dekrets;»

**Art. 26** - Artikel 2 Nummer 3 des Dekrets vom 20. November 2006 über das Statut der Sportschützen wird wie folgt ersetzt:

«3. aktiver Sportschütze: ein Sportschütze, der eine regelmäßige Tätigkeit ausübt, d. h. eine Teilnahme an mindestens zwölf von einem Sportschützenverband bzw. einem Schützenverein veranstalteten Schießübungen pro Kalenderjahr nachweisen kann;»

## Abschnitt 4 — Erwachsenenbildung

**Art. 27** - Artikel 11 des Dekrets vom 17. November 2008 zur Förderung der Einrichtungen der Erwachsenenbildung wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz von Absatz 1 wird zwischen die Wortfolge "die Regierung" und die Wortfolge "auf Antrag" die Wortfolge "im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel" eingefügt.

2. In Absatz 1 wird folgende Nummer 4 eingefügt:

«4. Die zur Ausübung einer Tätigkeit in der Erwachsenenbildung dienenden Zuschüsse für die Anschaffung von Ausrüstungsgegenständen, die nicht zu einer Infrastruktur gehören und die dazu bestimmt sind, einen Teil der Kosten für die Erneuerung oder Erweiterung der Grundausrüstung zu decken.»

3. Die Absätze 5 und 6 werden wie folgt ersetzt:

«Ein Zusatzzuschuss im Sinne von Absatz 1 Nummer 4 beläuft sich auf höchstens 50 % der Ausgaben. Er kann nur gewährt werden:

1. wenn vor jeder Bestellung oder jedem Ankauf das Einverständnis der Regierung eingeholt wurde;

2. wenn der Antragsteller sich schriftlich dazu verpflichtet:

a) die bezuschussten Gegenstände während fünf Jahren ab dem Tag der Auszahlung der Zuschüsse weder gegen Bezahlung noch unentgeltlich abzutreten;

b) der Regierung jederzeit die Überprüfung der Angaben zu ermöglichen und Einsicht in alle diesbezüglichen Unterlagen zu gewähren;

c) die Regierung unverzüglich über seine Auflösung zu informieren;

d) die mit einem Zuschuss angeschafften Ausrüstungsgegenstände gegen Feuer zu versichern, wenn sie an ein und derselben Stelle aufbewahrt werden.

Der Zuschussantrag im Sinne von Absatz 1 Nummern 1, 2 und 4 ist bis zum 31. März eines Jahres im Ministerium einzureichen. Der Zuschussantrag im Sinne von Absatz 1 Nummern 3 und 4 ist vor der Organisation oder der Teilnahme an einer Aus- und Weiterbildung bzw. vor der Anschaffung des Ausrüstungsgegenstands einzureichen.

Dem Antrag im Sinne von Absatz 1 Nummern 1, 2 und 3 ist eine detaillierte Einnahmen- und Ausgabenaufstellung und eine Beschreibung des Vorhabens beizufügen. Dem Antrag im Sinne von Absatz 1 Nummer 4 sind beizufügen:

1. eine Begründungserklärung zur Notwendigkeit der Anschaffung;

2. eine Kostenaufstellung. Der Antragsteller reicht drei Kostenvoranschläge ein, wenn der Gesamtpreis der beantragten Ausrüstungsgegenstände 5.500 Euro ohne Mehrwertsteuer übersteigt.»

**Art. 28** - In Artikel 15 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 25. Februar 2013, wird nach Absatz 2 folgender neuer Absatz eingefügt:

«Im Falle einer Auflösung werden die gemäß Artikel 11 bezuschussten Ausrüstungsgegenstände im Einverständnis mit der Regierung einer anderen Einrichtung der Erwachsenenbildung zur Verfügung gestellt.»

#### Abschnitt 5 — Medien

**Art. 29** - In Artikel 90 Absatz 1 des Dekrets vom 27. Juni 2005 über die audiovisuellen Mediendienste und die Kinovorstellungen, abgeändert durch das Dekret vom 13. Februar 2012, wird das Wort "drei" durch die Wortfolge "mindestens drei und höchstens vier" ersetzt.

**Art. 30** - In Artikel 91 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge "oder Sachverständige im Bereich der elektronischen Kommunikationen sein" durch die Wortfolge ", Sachverständige im Bereich der elektronischen Kommunikationen sein oder das Amt eines Magistrats der Staatsanwaltschaft oder eines Richters einer ordentlichen Gerichtsbarkeit oder des Staatsrats ausüben bzw. ausgeübt haben" ersetzt.

#### KAPITEL 3 — Lokale Behörden

**Art. 31** - Artikel L1122-13 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung, abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 31. Januar 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 4 wird zwischen das Wort "Gemeinderatsmitglied" und die Wortfolge "eine persönliche E-Mail-Adresse" die Wortfolge "auf dessen Antrag hin" eingefügt.

2. In § 1 Absatz 5 wird die Wortfolge "allgemeinen Dienstordnung" durch das Wort "Geschäftsordnung" ersetzt.

3. In § 2 Absatz 2 wird die Wortfolge "allgemeinen Dienstordnung" durch das Wort "Geschäftsordnung" ersetzt.

**Art. 32** - Artikel L1122-18 desselben Kodex, abgeändert durch die Dekrete der Wallonischen Region vom 8. Dezember 2005 und 26. April 2012, wird wie folgt abgeändert:

1. In den Absätzen 3, 4 und 5 wird die Wortfolge "allgemeinen Dienstordnung" jeweils durch das Wort "Geschäftsordnung" ersetzt.

2. In Absatz 6 wird zwischen das Wort "Hörbereitschaft" und die Wortfolge "und die Information" die Wortfolge "gegenüber dem Bürger" eingefügt.

**Art. 33** - In Artikel L1122-23 § 2 Absatz 5 desselben Kodex, abgeändert durch das Dekret vom 27. März 2014, wird die Wortfolge "an die lokale Behörde" gestrichen.

**Art. 34** - Artikel L1122-33 § 2 Absatz 1 Nummer 1 desselben Kodex wird wie folgt ersetzt:

«1. eine administrative Geldstrafe bis zu dem gesetzlich festgelegten Höchstbetrag;»

**Art. 35** - Artikel L1124-19 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 18. April 2013, wird wie folgt ersetzt:

«Art. L1124-19. Falls der Generaldirektor verhindert oder die Stelle frei ist und es keinen beigeordneten Generaldirektor in der Gemeinde gibt, bestimmt das Gemeindegremium für eine erneuerbare Höchstdauer von drei Monaten einen diensttuenden Generaldirektor.

Das Kollegium kann dem Generaldirektor die Vollmacht erteilen, für einen ununterbrochenen Zeitraum von höchstens dreißig Tagen selbst einen Ersatz zu bezeichnen.»

**Art. 36** - In Artikel L1124-44 § 2 Absatz 2 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 18. April 2013, wird das Wort "wöchentlich" durch das Wort "monatlich" ersetzt.

**Art. 37** - In Artikel L1213-1 desselben Kodex wird nach Absatz 1 folgender neuer Absatz eingefügt:

"Das Kollegium ist zuständig für zeitweilige Personalbezeichnungen. Die vom Kollegium vorgenommenen zeitweiligen Bezeichnungen sind innerhalb einer Frist von drei Monaten vom Gemeinderat zu billigen."

**Art. 38** - In Artikel L1222-3 Absatz 2 desselben Kodex wird das Wort "ordentlichen" gestrichen.

**Art. 39** - In Artikel L1522-5 § 1 Absatz 1 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 19. Juli 2006, wird das Wort "Verwaltungsrats" durch die Wortfolge "geschäftsführenden Ausschusses" ersetzt.

**Art. 40** - Artikel 1 des Dekrets vom 20. Dezember 2004 zur Regelung der gewöhnlichen Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets, abgeändert durch das Dekret vom 15. März 2010, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird zwischen die Wortfolge "die Polizeizonen," und die Wortfolge "die autonomen Gemeinderegien" die Wortfolge "die Hilfeleistungszonen," eingefügt.

2. Nach Absatz 2 wird folgender neuer Absatz eingefügt:

«Insofern der Beschluss einer Behörde einer Hilfeleistungszone in Anwendung des Gesetzes vom 15. Mai 2007 über die zivile Sicherheit einer spezifischen Aufsicht unterworfen ist, kann gegen diesen Beschluss keine Aufsichtsmaßnahme ergriffen werden aufgrund der Verletzung einer Bestimmung, die durch oder aufgrund dieses Gesetzes erlassen wurde.»

**Art. 41** - In Artikel 2 Nummer 2 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 19. Mai 2008 und 15. März 2010, wird zwischen die Wortfolge "das Polizeikollegium," und die Wortfolge "der Kirchenfabrikat" die Wortfolge "der Rat der Hilfeleistungszone, das Kollegium der Hilfeleistungszone," eingefügt.

**Art. 42** - In Artikel 4 Absatz 2 des Dekrets vom 15. Dezember 2008 über die Finanzierung der Gemeinden und öffentlichen Sozialhilfezentren durch die Deutschsprachige Gemeinschaft wird zwischen den ersten und den zweiten Satz folgender Satz eingefügt:

«Die Einnahmen, die die Gemeinden aufgrund des Beschlusses des ministeriellen Komitees der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion zur Änderung des Beschlusses vom 24. Oktober 1975 bezüglich der Anwendung des Artikels 8 des koordinierten Abkommens zur Schaffung der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion, geschehen zu Brüssel am 14. Dezember 2001, erhalten, werden den genannten jährlichen Einnahmen aus der Zuschlagsteuer auf das Einkommen der natürlichen Personen gleichgestellt.»

#### KAPITEL 4 — Infrastruktur

**Art. 43** - Artikel 11 des Dekrets vom 18. März 2002 zur Infrastruktur, abgeändert durch die Dekrete vom 25. Juni 2007 und vom 27. April 2009, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird folgende Nummer 3.1 eingefügt:

«3.1 die in Artikel 2 Absatz 1 Nummer 1 und Nummern 3-9 vorgesehenen Infrastrukturvorhaben für die Schaffung eines Gemeinschaftsraumes einer Seniorenresidenz im Sinne von Artikel 1 Nummer 8 des Dekrets vom 4. Juni 2007 über die Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren, die Seniorenresidenzen und über die psychiatrischen Pflegewohnheime;».

2. Absatz 2 Nummer 11 wird aufgehoben.

**Art. 44** - In Artikel 21 § 2 Absatz 4 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 21. März 2005, wird das Datum "15. September" durch das Datum "1. September" ersetzt.

**Art. 45** - In Artikel 24 § 2 Absatz 3 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird das Datum "15. September" durch das Datum "1. September" ersetzt.

**Art. 46** - Artikel 39 § 3 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird wie folgt ersetzt:

«§ 3 - Ist der Antragsteller eine der in Artikel 11 Absatz 1 erwähnten privatrechtlichen Personen:

1. beträgt in Abweichung von Artikel 16 der Zuschuss 40 % des für eine Bezuschussung in Betracht kommenden Gesamtbetrags der annehmbaren Ausgaben mit einem maximalen Zuschussbetrag von 100.000 Euro je Antrag für ein geschütztes Objekt;

2. kann ein neuer Antrag frühestens zwei Jahre nach einer erfolgten Zusage für ein bestimmtes Objekt berücksichtigt werden, es sei denn, die in Artikel 22 erwähnte Dringlichkeit wird anerkannt;

3. ist Artikel 4 nicht anwendbar.»

**Art. 47** - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 42.1 eingefügt:

«Art. 42.1 - *Gemeinschaftsräume von Seniorenresidenzen*

Der Zuschuss für die Schaffung eines Gemeinschaftsraumes einer Seniorenresidenz wird nur dann gemäß Artikel 18 ausgezahlt, wenn die betroffene Seniorenresidenz über das in Artikel 10.2 des Dekrets vom 4. Juni 2007 über die Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren, die Seniorenresidenzen und über die psychiatrischen Pflegewohnheime erwähnte Qualitätslabel verfügt.»

#### KAPITEL 5 — Finanzen und Haushalt

**Art. 48** - In Artikel 46 Absatz 4 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, eingefügt durch das Dekret vom 13. Februar 2012 und abgeändert durch das Dekret vom 25. Februar 2013, wird folgender Spiegelstrich 6 eingefügt:

«- die in Artikel 2 des Beschlusses des Parlaments vom 3. November 2014 bezüglich der finanziellen und materiellen Unterstützung der anerkannten Fraktionen, der nicht anerkannten Fraktionen sowie der Fraktionslosen erwähnten VoG-Fraktionen.»

**Art. 49** - Artikel 68 Absatz 2 desselben Dekrets wird um den folgenden Satz ergänzt:

«Ausschließlich innerhalb des für die Infrastrukturausgaben vorgesehenen Organisationsbereichs können die Verpflichtungsermächtigungen neu auf alle Zuweisungen dieses Organisationsbereichs verteilt werden.»

**Art. 50** - In Artikel 84 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 25. Februar 2013, wird nach Absatz 2 folgender neuer Absatz eingefügt:

«Nimmt der Rechnungspflichtige des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung Korrekturbuchungen gemäß Artikel 83 Absatz 2 vor, übermittelt er in Abweichung von Absatz 1 den korrigierten Jahresabschluss selbst dem Rechnungshof. Zeitgleich übermittelt er der Regierung eine Kopie des korrigierten Jahresabschlusses zur Kenntnisnahme.»

**Art. 51** - In Artikel 99 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 25. Februar 2013, wird nach Absatz 2 folgender neuer Absatz eingefügt:

«Nimmt der Rechnungspflichtige der Einrichtung öffentlichen Interesses Korrekturbuchungen gemäß Artikel 98 Absatz 2 vor, übermittelt er in Abweichung von Absatz 1 den korrigierten Jahresabschluss selbst dem Rechnungshof. Zeitgleich übermittelt er der Regierung eine Kopie des korrigierten Jahresabschlusses zur Kenntnisnahme.»

**Art. 52** - In Artikel 105 desselben Dekrets wird nach Absatz 2 folgender neuer Absatz eingefügt:

«In Abweichung von Absatz 2 sind Änderungen von Geschäftsführungsverträgen mit gemäß Artikel 57 § 2 Absatz 2 bezuschussten Einrichtungen oder Diensten ausgenommen, die eine Anpassung der Höhe des Zuschusses per Nachtrag zum Geschäftsführungsvertrag entsprechend übernehmen. In diesen Fällen übermittelt die Regierung dem Parlament eine Abschrift des angepassten Geschäftsführungsvertrags zur Information.»

KAPITEL 6 — *Schlussbestimmungen*

**Art. 53** - Vorliegendes Dekret tritt am Tag seiner Veröffentlichung in Kraft, mit Ausnahme von:

1. Artikel 15, 17, 22 Nummer 1, 23, 27 und 28, die mit Wirkung vom 1. Januar 2014 in Kraft treten;
2. Artikel 1, 2, 3, 4, 10, 18, 19, 20, 21, 22 Nummer 2, 24, 25, 29, 30, 40, 41, 42, 43, 46 und 47, die mit Wirkung vom 1. Januar 2015 in Kraft treten;
3. Artikel 11 und 16, die am 1. September 2015 in Kraft treten.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.  
Eupen, den 2. März 2015

O. PAASCH

Der Ministerpräsident

Frau I. WEYKMANS

Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus

A. ANTONIADIS

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

H. MOLLERS

Der Minister für Bildung und wissenschaftliche Forschung

—  
Fußnote

(1) *Sitzungsperiode 2014-2015*

*Nummerierte Dokumente:* 45 (2014-2015) Nr. 1 Dekretvorschlag.

45 (2014-2015) Nr. 2 Abänderungsvorschlag.

45 (2014-2015) Nr. 3 Bericht.

*Ausführlicher Bericht:* 2. März 2015- Nr. 11 Diskussion und Abstimmung.

—  
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2015/201470]

2 MARS 2015. — *Décret-programme 2015* (1)

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1<sup>er</sup>. — *Matières personnalisables*

Section 1<sup>re</sup>. — *Accueil d'enfants*

**Article 1<sup>er</sup>.** L'article 2, alinéa 1<sup>er</sup>, du décret du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants est complété par les 5°, 6° et 7°, rédigés comme suit :

« 5° C.C.C.A.E. : la Commission consultative communale pour l'accueil d'enfants;

6° département : le département du Ministère de la Communauté germanophone compétent en matière de famille;

7° ministre : le ministre du Gouvernement de la Communauté germanophone compétent pour la Politique familiale. »

**Art. 2.** Dans le même décret, il est inséré un article 3.1, rédigé comme suit :

« Art. 3.1 - *Qualifications*

Toutes les qualifications employées dans le présent décret valent pour les deux sexes. »

**Art. 3.** L'article 7, alinéa 2, du même décret est complété par la phrase suivante :

« La sécurité des locaux est notamment prouvée par un avis positif en matière de sécurité incendie établi par le commandant des pompiers compétent. »

**Art. 4.** Dans le même décret, il est inséré entre le chapitre 5 et le chapitre 6 un chapitre 5.1, comprenant les articles 16.1 à 16.4, rédigé comme suit :

« CHAPITRE 5.1. — *Commission consultative communale pour l'accueil d'enfants*

Art. 16.1. *Installation de la C.C.C.A.E.*

Le conseil communal de chacune des communes de la région de langue allemande institue une C.C.C.A.E. et établit son règlement d'ordre intérieur.

Art. 16.2. *Composition*

§ 1<sup>er</sup>. La C.C.C.A.E. est composée :

1° d'un représentant du collège communal;

2° d'un représentant du centre public d'aide sociale de la commune;

3° d'un représentant par école implantée sur le territoire communal;

4° d'un représentant par conseil des parents d'élèves éventuellement adjoint à l'une des écoles mentionnées au 3°.

Un membre suppléant est désigné pour chaque membre effectif mentionné à l'alinéa 1<sup>er</sup>.

§ 2. Font également partie de la C.C.C.A.E., avec voix consultative :

1° un représentant du ministre;

2° un représentant du département;

3° un représentant du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes;

4° d'autres partenaires locaux, importants en matière d'accueil d'enfants, invités par la C.C.C.A.E. à participer aux délibérations.

Le Gouvernement peut déterminer que d'autres prestataires de services feront partie de la C.C.C.A.E. avec voix consultative.

*Art. 16.3. Fonctionnement*

Le représentant du collège communal assure la présidence des séances de la C.C.C.A.E. Celles-ci sont convoquées par le président, d'initiative ou à la demande écrite d'un intéressé et/ou d'un prestataire potentiel.

Un membre du personnel de l'administration communale assiste aux séances de la C.C.C.A.E. et rédige le procès-verbal sous la responsabilité du président.

Le Gouvernement peut préciser le fonctionnement.

*Art. 16.4. Missions*

§ 1<sup>er</sup>. La C.C.C.A.E. remet au ministre, à la demande de celui-ci et dans le délai prévu par lui ou d'initiative, un avis sur les points suivants :

1° le calcul des besoins à court et moyen terme quant à l'accueil d'enfants dans la commune;

2° la formulation de recommandations en vue d'améliorer l'offre en matière d'accueil d'enfants, en tenant compte des données locales, et la détermination des conditions quantitatives et qualitatives requises pour y parvenir.

§ 2. La C.C.C.A.E. rend un avis sur toutes les nouvelles initiatives locales en matière d'accueil d'enfants et transmet cet avis au ministre. A cette fin, le prestataire potentiel transmet au préalable à la C.C.C.A.E. tous les documents nécessaires.

L'avis porte au moins sur les points suivants :

1° la nécessité de la nouvelle initiative d'accueil, en tenant compte des données géographiques, démographiques et socio-économiques;

2° l'adéquation et la situation des locaux prévus;

3° le concept d'accueil;

4° la capacité prévue;

5° la participation aux frais supportée par les personnes chargées de l'éducation;

6° s'il n'y a pas unanimité, la présentation des différents points de vue.

La C.C.C.A.E. transmet son avis au ministre dans un délai de nonante jours après réception des documents introduits par le prestataire potentiel.

Par dérogation au premier alinéa, le Gouvernement peut fixer des exceptions, des cas où un avis de la C.C.C.A.E. n'est pas requis eu égard à la portée limitée de l'initiative concernée.

§ 3. Le gouvernement peut confier d'autres missions à la C.C.C.A.E. »

*Section 2. — Personnes handicapées*

**Art. 5.** Dans l'article 4, § 1<sup>er</sup>, *4bis*, quatrième tiret, du décret du 19 juin 1990 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées, inséré par le décret du 16 décembre 2003 et modifié par le décret du 20 février 2006, les mots "par la commission d'évaluation prévue à l'article 20" sont remplacés par les mots "par l'organe consultatif spécialisé mentionné à l'article 20."

**Art. 6.** A l'article 20 du même décret, modifié par les décrets des 16 décembre 2003, 20 février 2006 et 15 mars 2010, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1<sup>er</sup> est remplacé par ce qui suit :

« § 1<sup>er</sup>. Sur la proposition du conseil d'administration, le Gouvernement crée un organe consultatif spécialisé.

L'organe consultatif spécialisé est indépendant et composé de manière pluridisciplinaire; conformément aux missions décrites au troisième alinéa, il prodigue des conseils, rend des avis et joue le rôle de conciliateur. L'organe assume ses tâches en adoptant une approche globale.

L'organe consultatif spécialisé exerce les missions suivantes :

1° à la demande du conseil d'administration ou du directeur :

a) rendre un avis sur les demandes d'inscription de personnes handicapées et sur des programmes individuels d'aide et d'encadrement, mesures nécessaires à l'intégration sociale et professionnelle de personnes handicapées;

b) rendre un avis pour déterminer si les traitements thérapeutiques, les aides technico-thérapeutiques, les moyens pédagogiques spéciaux, les interventions chirurgicales dont un enfant/un jeune handicapé bénéficie ou auxquels il se soumet doivent être considérés ou non comme condition sine qua non pour l'intégration sociale;

c) rendre un avis à propos de situations où des lacunes apparaissent dans le réseau des services actifs dans le secteur des personnes handicapées ou de nouveaux besoins sont constatés auprès de groupes cibles spécifiques;

d) rendre un avis sur les nouveaux projets et services proposés dans le secteur des personnes handicapées;

e) rendre un avis sur des questions déontologiques dans le secteur des personnes handicapées;

2° à la demande du conseil d'administration ou du directeur, jouer le rôle de conciliateur dans le cadre de la gestion des plaintes;

3° sur la base de la Convention des Nations unies du 13 décembre 2006 relative aux droits des personnes handicapées, vérifier des concepts pour la mise en œuvre de la politique des handicapés en Communauté germanophone et donner un avis à leur sujet;

4° dans le cadre des conditions et règles de procédure fixées par le Gouvernement, de contrôler les établissements et associations mentionnés à l'article 30.

5° à la demande du conseil d'administration ou du directeur, jouer une fonction consultative extraordinaire.



L'organe consultatif spécialisé est composé :

- 1° de deux membres du conseil d'administration;
- 2° de deux spécialistes en matière d'intégration sociale et professionnelle des personnes handicapées;
- 3° d'un spécialiste du secteur de l'emploi;
- 4° d'un spécialiste du secteur de l'enseignement.

Sur la proposition du conseil d'administration, le Gouvernement désigne :

- 1° les membres de l'organe consultatif spécialisé;
- 2° parmi ces membres le président de l'organe.

Le directeur peut assister avec voix consultative aux réunions de l'organe consultatif spécialisé."

2° dans les §§ 2 à 4, les mots "commission d'évaluation" sont chaque fois remplacés par les mots "organe consultatif spécialisé" moyennant les adaptations grammaticales appropriées".

**Art. 7.** L'article 21 du même décret, modifié par le décret du 20 février 2006, est remplacé par ce qui suit :

« Le Conseil d'administration statue, après avis de l'organe consultatif spécialisé mentionné à l'article 20, sur la demande d'inscription de la personne handicapée, sur l'aide accordée et sur le programme individuel d'intégration sociale et professionnelle de la personne handicapée.

Sur proposition de l'organe consultatif, le conseil d'administration peut, dans le cadre des conditions déterminées par le Gouvernement, fixer des plafonds pour les mesures d'aide et d'adaptation visées à l'article 4. »

#### Section 3. — Aide à la jeunesse

**Art. 8.** L'intitulé du décret du 9 mai 1988 relatif à l'accueil d'enfants de moins de douze ans et au Fonds pour les femmes enceintes en situation précaire et pour la protection d'enfants, remplacé par les décrets des 7 janvier 2002 et 19 avril 2010, est remplacé par ce qui suit :

« Décret relatif au Fonds pour une aide spécifique aux enfants et aux jeunes »

**Art. 9.** A l'article 6bis du même décret, inséré par le décret du 21 janvier 1991 et modifié par les décrets des 20 février 2006, 25 juin 2007, 19 avril 2010 et 31 mars 2014, les modifications suivantes sont apportées :

1° au § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots "Fonds pour les femmes enceintes en situation précaire et pour la protection d'enfants" sont remplacés par les mots "Fonds pour une aide spécifique aux enfants et aux jeunes, ci-après dénommé Fonds";

2° au § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, les mots "pour les femmes enceintes en situation précaire et pour la protection d'enfants" sont abrogés;

3° au § 2, les mots "pour les femmes enceintes en situation précaire et pour la protection d'enfants" sont abrogés;

4° au § 3, alinéa 2, les mots "1° à 3°" sont remplacés par les mots "2° et 3°".

#### Section 4. — Personnes âgées

**Art. 10.** L'article 12, § 3, du décret du 4 juin 2007 relatif aux structures d'hébergement, d'accompagnement et de soins pour personnes âgées et aux maisons de soins psychiatriques, modifié par le décret du 13 février 2012, est abrogé.

### CHAPITRE 2. — Matières culturelles

#### Section 1<sup>re</sup>. — Culture

**Art. 11.** A l'article 37, § 2, du décret du 18 novembre 2013 visant à soutenir la culture en Communauté germanophone, les mots "le 31 mars de l'année où débute le projet" sont remplacés par les mots "le 31 décembre de l'année précédant celle où débute le projet".

**Art. 12.** L'article 69, alinéa 2, 3°, du même décret est abrogé.

**Art. 13.** L'article 80, § 1<sup>er</sup>, du même décret est complété par un 4° et un 5°, rédigés comme suit :

« 4° les personnes morales mentionnées à l'article 11 du décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure qui, conformément audit décret, peuvent obtenir de la Communauté germanophone des subsides pour des projets de construction et/ou d'équipement dans le domaine culturel;

5° les ateliers soutenus conformément au décret du 16 décembre 2003 relatif à la promotion des ateliers créatifs ».

#### Section 2. — Jeunesse

**Art. 14.** L'article 14, alinéa 1<sup>er</sup>, 7°, du décret du 6 décembre 2011 visant à soutenir l'animation de jeunesse est abrogé.

**Art. 15.** Dans le même décret, il est inséré entre le chapitre 5 et le chapitre 6 un chapitre 5.1, comprenant les articles 55.1 à 55.4, rédigé comme suit :

#### « CHAPITRE 5.1. — Biens d'équipement

##### Art. 55.1 - Principes du soutien

§ 1<sup>er</sup>. Dans les limites des moyens budgétaires disponibles, le Gouvernement peut, pour l'acquisition de biens d'équipement qui servent à l'animation de jeunesse mais ne font pas partie d'une infrastructure, octroyer des subsides destinés à couvrir une partie des frais engendrés par le renouvellement ou l'élargissement de l'équipement de base.

§ 2. Des subsides pour biens d'équipement ne sont octroyés que si :

1° l'accord du Gouvernement a été demandé avant toute commande ou tout achat;

2° le demandeur s'engage par écrit à :

a) ne pas céder les biens subsidiés pendant cinq ans à dater de la liquidation des subsides, que ce soit à titre gracieux ou onéreux;

b) permettre en tout temps au Gouvernement de vérifier les données et consulter tous les documents y relatifs;

c) informer sans délai le Gouvernement de sa dissolution.

En cas de dissolution, les biens subsidiés sont, en accord avec le Gouvernement, mis à disposition d'une autre organisation de jeunesse.

*Art. 55.2 - Demande*

§ 1<sup>er</sup>. Peuvent introduire une demande les organisations de jeunesse soutenues.

§ 2. Pour pouvoir obtenir le subside pendant l'année budgétaire en cours, les demandeurs introduisent leur demande auprès du Gouvernement au plus tard pour le 31 mars de l'année concernée.

§ 3. La demande est accompagnée :

1° d'une déclaration justificative;

2° d'un état de frais.

Par dérogation à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 2°, le demandeur introduit trois devis lorsque le prix de l'équipement dépasse 5.500 euros hors T.V.A.

*Art. 55.3 - Subside*

Après avoir vérifié que les conditions de soutien sont remplies, le Gouvernement peut octroyer un subside pour biens d'équipement à concurrence de 50 % .

*Art. 55.4 - Obligations*

Les biens d'équipement acquis à l'aide de subsides octroyés en vertu de ce chapitre doivent être assurés contre l'incendie s'ils sont conservés en un même lieu. »

*Section 3. — Sport*

**Art. 16.** A l'article 22, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, 2°, du décret sur le sport du 19 avril 2004, remplacé par le décret du 24 février 2014, les mots "le ministre compétent en matière d'Enseignement ou" sont insérés entre les mots "dans la mesure où" et les mots "le chef d'établissement".

**Art. 17.** Dans le même décret, il est inséré un article 22.2, rédigé comme suit :

« Art. 22.2. *Soutien accordé aux moniteurs, entraîneurs et professeurs d'éducation physique*

Sur avis positif de la Commission sportive, le Gouvernement peut accorder aux moniteurs, entraîneurs et professeurs d'éducation physique une aide financière pour la participation à des cours de formation et de formation continue en Belgique et à l'étranger, et ce, à concurrence de 50 % des frais de déplacement et d'hébergement ainsi que des droits d'inscription. »

**Art. 18.** A l'article 23 du même décret, remplacé par le décret du 24 février 2014, est complété par un cinquième alinéa, rédigé comme suit :

« De plus, une aide annuelle de 1.750 euros, dont l'usage est libre, peut être accordée aux clubs sportifs hautement qualifiés pour personnes handicapées. »

**Art. 19.** Dans l'article 24, alinéa 1<sup>er</sup>, du même décret, modifié par le décret du 24 février 2014, les mots "ainsi que des droits d'inscription," sont insérés entre les mots "de soins" et les mots "dans la mesure".

**Art. 20.** Dans l'article 24.1 dudit décret, introduit par le décret du 24 février 2014, les mots "comme clubs hautement qualifiés" sont remplacés par les mots "équipes hautement qualifiées".

**Art. 21.** Dans l'article 26 du même décret, un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 1<sup>er</sup> et 2 :

« Si un projet déjà subsidié est à nouveau approuvé pour une ou plusieurs années, le subside mentionné au premier alinéa est plafonné à 250 euros. »

**Art. 22.** A l'article 30 du même décret, modifié par le décret du 24 février 2014, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive, les mots "aux articles" sont remplacés par les mots "aux articles 22.2,";

2° le deuxième tiret est remplacé par ce qui suit : "pour les déplacements effectués en transports en commun, ce sont les montants facturés par le transporteur qui sont pris en considération".

**Art. 23.** Dans l'article 31 du même décret, modifié par les décrets des 15 décembre 2008 et 24 février 2014, un nouvel alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 1<sup>er</sup> et 2 :

« Le subside mentionné à l'article 22.2 peut à tout moment être demandé auprès du Gouvernement. La demande est introduite personnellement par l'intéressé. La demande doit être accompagnée des documents nécessaires pour le subventionnement. »

**Art. 24.** L'article 39 du même décret est complété par un troisième alinéa, rédigé comme suit :

« Le Conseil du sport rend l'avis mentionné à l'article 34 dans un délai de 30 jours suivant la réception de la demande. A défaut d'avis rendu dans le délai imparti, celui-ci est réputé positif.

**Art. 25.** A l'article 48 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° le premier alinéa est remplacé par ce qui suit :

« La lutte contre le dopage et les contrôles y afférents sont menés conformément aux dispositions du décret du 16 janvier 2012 relatif à la lutte contre le dopage dans le sport. »

2° l'alinéa 2, 2°, est remplacé par ce qui suit :

« 2° de la liste identifiant les substances, pratiques et méthodes prohibées, au sens du décret mentionné au premier alinéa; ».

**Art. 26.** L'article 2, 3°, du décret du 20 novembre 2006 relatif au statut des tireurs sportifs est remplacé par ce qui suit :

« 3° "tireur sportif actif" : tireur sportif qui a une pratique régulière, c.-à-d. peut prouver qu'il a participé à au moins douze exercices de tir par année civile, organisés par une fédération de tir sportif ou un cercle de tir; ».

## Section 4. — Formation des adultes

**Art. 27.** A l'article 11 du décret du 17 novembre 2008 visant à soutenir les établissements de formation pour adultes, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive du premier alinéa, les mots "- dans les limites des crédits budgétaires disponibles -" sont insérés entre le mot "peut" et le mot "accorder";

2° l'alinéa 1<sup>er</sup> est complété par un 4°, rédigé comme suit :

« 4° subsides pour l'acquisition de biens d'équipement qui servent à mener une activité de formation des adultes mais ne font pas partie d'une infrastructure, lorsque ces subsides sont destinés à couvrir une partie des frais engendrés par le renouvellement ou l'élargissement de l'équipement de base. »;

3° les alinéas 5 et 6 sont remplacés par ce qui suit :

« Un subside complémentaire au sens de l'alinéa 1<sup>er</sup>, 4°, représente au plus 50 % des dépenses. Il ne peut être accordé que lorsque :

1° l'accord du Gouvernement a été demandé avant toute commande ou tout achat;

2° le demandeur s'engage par écrit à :

a) ne pas céder les biens subsidiés pendant cinq ans à dater de la liquidation des subsides, que ce soit à titre gracieux ou onéreux;

b) permettre en tout temps au Gouvernement de vérifier les données et consulter tous les documents y relatifs;

c) informer sans délai le Gouvernement de sa dissolution;

d) assurer les biens d'équipement acquis à l'aide d'un subside contre l'incendie s'ils sont conservés en un même lieu.

Une demande de subside au sens du premier alinéa, 1°, 2° et 4°, sera introduite auprès du Ministère jusqu'au 31 mars d'une année. Selon le cas, une demande de subside au sens du premier alinéa, 1°, 2° et 4°, sera introduite soit avant d'organiser ou de participer à une formation ou à une formation continue, soit avant d'acheter le bien d'équipement.

Un état détaillé des recettes et dépenses et une description du projet accompagneront une demande au sens du premier alinéa, 1°, 2° et 3°. Une demande au sens du premier alinéa, 4°, sera accompagnée :

1° d'une déclaration justifiant la nécessité de l'acquisition;

2° d'un état de frais. Le demandeur introduit trois devis lorsque le prix total des biens d'équipement demandés dépasse 5.500 euros hors T.V.A. »

**Art. 28.** L'article 15 du même décret, modifié par le décret du 25 février 2013, est complété par un troisième alinéa, rédigé comme suit :

« En cas de dissolution, les biens d'équipement subsidiés conformément à l'article 11 sont, moyennant l'accord du Gouvernement, mis à disposition d'un autre établissement de formation pour adultes. »

## Section 5. — Médias

**Art. 29.** Dans l'article 90, alinéa 1<sup>er</sup>, du décret du 27 juin 2005 sur les services de médias audiovisuels et les représentations cinématographiques, modifié par le décret du 13 février 2012, les mots "trois membres" sont remplacés par les mots "trois membres au moins et de quatre membres au plus".

**Art. 30.** Dans l'article 91, alinéa 1<sup>er</sup>, du même décret, les mots "ou être des experts dans le domaine des communications électroniques." sont remplacés par les mots ", être des experts dans le domaine des communications électroniques ou exercer ou avoir exercé la fonction de magistrat du parquet, de juge d'une juridiction ordinaire ou de conseiller d'Etat. »

## CHAPITRE 3. — Pouvoirs locaux

**Art. 31.** A l'article L1122-13 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation, modifié par le décret de la Région wallonne du 31 janvier 2013, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 4, les mots "à sa demande," sont insérés entre les mots "conseil communal" et les mots "une adresse de courrier électronique personnelle";

2° (cette disposition concerne le texte allemand);

3° (cette disposition concerne le texte allemand).

**Art. 32.** A l'article L1122-18 du même code, modifié par les décrets de la Région wallonne des 8 décembre 2005 et 26 avril 2012, les modifications suivantes sont apportées :

1° (cette disposition concerne le texte allemand);

2° (cette disposition concerne le texte allemand).

**Art. 33.** Dans l'article L1122-23, § 2, alinéa 5, du même code, modifié par le décret du 27 mars 2014, les mots "à l'autorité locale" sont abrogés.

**Art. 34.** L'article L1122-33, § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, 1°, du même code, est remplacé par ce qui suit :

« 1° l'amende administrative à concurrence du plafond fixé par la loi; »

**Art. 35.** L'article L1124-19 du même code, remplacé par le décret de la Région wallonne du 18 avril 2013, est remplacé par ce qui suit :

« Art. L1124-19. En cas d'absence du directeur général ou de vacance de l'emploi et s'il n'y a pas de directeur général adjoint, le collège communal désigne un directeur général faisant fonction pour une durée maximale de trois mois renouvelable.

Pour une période ininterrompue n'excédant pas trente jours, le collège peut déléguer au directeur général la désignation de son remplaçant. »

**Art. 36.** A l'article L1124-44, § 2, alinéa 2, du même code, remplacé par le décret de la Région wallonne du 18 avril 2013, les mots "toutes les semaines" sont remplacés par les mots "tous les mois".

**Art. 37.** L'article L1213-1 du même code est complété par un second alinéa, rédigé comme suit :

« Le collège est compétent pour les désignations à titre temporaire. Les désignations à titre temporaire auxquelles a procédé le collège doivent être approuvées par le conseil communal dans un délai de trois mois. »

**Art. 38.** Dans l'article L1222-3, alinéa 2, du même code, le mot "ordinaire" est abrogé.

**Art. 39.** (Cette disposition concerne le texte allemand.)

**Art. 40.** A l'article 1<sup>er</sup> du décret du 20 décembre 2004 organisant la tutelle administrative ordinaire sur les communes de la région de langue allemande, modifié par le décret du 15 mars 2010, les modifications suivantes sont apportées :

1° au premier alinéa, les mots " les régies communales autonomes les intercommunales" sont remplacés par les mots " les zones de secours, les régies communales autonomes, les intercommunales";

2° l'article est complété par un troisième alinéa, rédigé comme suit :

« Dans la mesure où la décision d'une autorité d'une zone de secours est soumise à une tutelle spécifique en application de la loi du 15 mai 2007 relative à la sécurité civile, aucune mesure de tutelle ne peut être prise à l'encontre de cette décision en raison de la violation d'une disposition prise par ou en vertu de cette loi. »

**Art. 41.** Dans l'article 2, 2°, du même décret, modifié par les décrets des 19 mai 2008 et 15 mars 2010, les mots "le conseil de la zone de secours, le collège de la zone de secours," sont insérés entre les mots "le collège de police," et les mots "le conseil de fabrique d'église".

**Art. 42.** Dans l'article 4, alinéa 2, du décret du 15 décembre 2008 portant financement des communes et des centres publics d'aide sociale par la Communauté germanophone, la phrase suivante est insérée entre la première et la deuxième phrase :

« Les recettes encaissées par les communes en vertu de la décision du Comité de ministres de l'Union économique belgo-luxembourgeoise modifiant la décision du 24 octobre 1975 concernant l'application de l'article 8 de la Convention coordonnée instituant l'Union économique belgo-luxembourgeoise", signée à Bruxelles le 14 décembre 2001, sont assimilées aux recettes annuelles visées provenant de la taxe additionnelle sur les revenus des personnes physiques. »

#### CHAPITRE 4. — Infrastructure

**Art. 43.** Dans l'article 11 du décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure, modifié par les décrets des 25 juin 2007 et 27 avril 2009, les modifications suivantes sont apportées :

1° un point 3.1, rédigé comme suit, est inséré dans le premier alinéa :

« 3.1 les projets d'infrastructure prévus à l'article 2, alinéa 1<sup>er</sup>, 1° et 3° à 9°, pour la création d'un local communautaire d'une résidence pour seniors au sens de l'article 1<sup>er</sup>, 8°, du décret du 4 juin 2007 relatif aux structures d'hébergement, d'accompagnement et de soins pour personnes âgées, aux résidences pour seniors et aux maisons de soins psychiatriques; »

2° l'alinéa 2, 11°, est abrogé.

**Art. 44.** Dans l'article 21, § 2, alinéa 4, du même décret, modifié par le décret du 21 mars 2005, les mots "15 septembre" sont remplacés par les mots "1<sup>er</sup> septembre".

**Art. 45.** Dans l'article 24, § 2, alinéa 3, du même décret, modifié par le décret du 25 juin 2007, les mots "15 septembre" sont remplacés par les mots "1<sup>er</sup> septembre".

**Art. 46.** L'article 39, § 3, du même décret, modifié par le décret du 23 juin 2008, est remplacé par ce qui suit :

« § 3. Si le demandeur est une des personnes de droit privé mentionnées à l'article 11, alinéa 1<sup>er</sup> :

1° le subside représente, par dérogation à l'article 16, 40 % du montant global des dépenses admissibles entrant en ligne de compte pour une subside, avec un maximum de 100.000 euros par demande pour un bien classé;

2° une nouvelle demande peut être prise en considération au plus tôt deux ans après une promesse faite pour un bien précis, sauf si l'urgence mentionnée à l'article 22 est reconnue;

3° l'article 4 n'est pas applicable. »

**Art. 47.** Dans le même décret, il est inséré un article 42.1, rédigé comme suit :

« Art. 42.1. *Locaux communs dans les résidences pour seniors*

Le subside pour la création d'un local commun dans une résidence pour seniors ne sera liquidé conformément à l'article 18 que lorsque cette résidence pour seniors dispose du label de qualité mentionné à l'article 10.2 du décret du 4 juin 2007 relatif aux structures d'hébergement, d'accompagnement et de soins pour personnes âgées, aux résidences pour seniors et aux maisons de soins psychiatriques. »

#### CHAPITRE 5. — Finances et budget

**Art. 48.** L'article 46, alinéa 4, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, inséré par le décret du 13 février 2012 et modifié par le décret du 25 février 2013, est complété par un sixième tiret, rédigé comme suit :

« - les groupes politiques constitués en ASBL et mentionnés à l'article 2 de la décision relative au soutien financier et matériel des groupes politiques, reconnus et non reconnus, ainsi que des députés indépendants, adoptée le 3 novembre 2014 par le Parlement. »

**Art. 49.** L'article 68, alinéa 2, du même décret est complété par la phrase suivante :

« C'est seulement au sein de la division organique prévue pour les dépenses d'infrastructure que les crédits d'engagement peuvent être répartis autrement sur toutes les allocations de ladite division. »

**Art. 50.** L'article 84 du même décret, modifié par le décret du 25 février 2013, est complété par un troisième alinéa, rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1<sup>er</sup>, le comptable du service à gestion séparée transmet lui-même les comptes annuels corrigés à la Cour des Comptes s'il procède à des corrections comptables conformément à l'article 83, alinéa 2. Il adresse simultanément une copie des comptes annuels corrigés au Gouvernement, pour information. »

**Art. 51.** L'article 99 du même décret, modifié par le décret du 25 février 2013, est complété par un troisième alinéa, rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1<sup>er</sup>, le comptable de l'organisme d'intérêt public transmet lui-même les comptes annuels corrigés à la Cour des Comptes s'il procède à des corrections comptables conformément à l'article 98, alinéa 2. Il adresse simultanément une copie des comptes annuels corrigés au Gouvernement, pour information. »

**Art. 52.** L'article 105 du même décret est complété par un troisième alinéa, rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 2 sont exclues les modifications apportées à des contrats de gestion conclus avec des institutions ou services subsidiés conformément à l'article 57, § 2, alinéa 2, lorsque lesdites modifications adaptent en conséquence le montant du subside par le biais d'un avenant au contrat de gestion. En pareils cas, le Gouvernement transmet au Parlement, pour information, une copie du contrat de gestion adapté. »

CHAPITRE 6. — *Dispositions finales*

**Art. 53.** Le présent décret entre en vigueur le jour de sa publication, à l'exception :

1<sup>o</sup> des articles 15, 17, 22, 1<sup>o</sup>, 23, 27 et 28, qui produisent leurs effets le 1<sup>er</sup> janvier 2014;

2<sup>o</sup> des articles 1, 2, 3, 4, 10, 18, 19, 20, 21, 22, 2<sup>o</sup>, 24, 25, 29, 30, 40, 41, 42, 43, 46 et 47, qui produisent leurs effets le 1<sup>er</sup> janvier 2015;

3<sup>o</sup> des articles 11 et 16, qui entrent en vigueur le 1<sup>er</sup> septembre 2015.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 2 mars 2015.

O. PAASCH

Le Ministre-Président

Mme I. WEYKMANS

La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme

A. ANTONIADIS

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales

H. MOLLERS

Le Ministre de l'Education et de la Recherche scientifique

—————  
Note

(1) *Session 2014-2015.*

*Documents parlementaires* : 45 (2014-2015), n° 1. Proposition de décret.

45 (2014-2015), n° 2. Proposition d'amendement.

45 (2014-2015), n° 3. Rapport.

*Compte rendu intégral* : 2 mars 2015, n° 11. Discussion et vote.

—————  
VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2015/201470]

2 MAART 2015. — **Programmadecreet 2015 (1)**

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK 1. — *Persoonsgebonden aangelegenheden*

*Afdeling 1.* — Kinderopvang

**Artikel 1.** Artikel 2, eerste lid, van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang wordt aangevuld met de bepalingen onder 5<sup>o</sup>, 6<sup>o</sup> en 7<sup>o</sup>, luidende :

« 5<sup>o</sup> GAK : Gemeentelijke Adviescommissie inzake Kinderopvang;

6<sup>o</sup> departement : het departement van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap dat bevoegd is voor Gezin;

7<sup>o</sup> Minister : de minister van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap die bevoegd is voor het gezinsbeleid. »

**Art. 2.** In hetzelfde decreet wordt een artikel 3.1 ingevoegd, luidende :

« *Art. 3.1. Hoedanigheden*

Alle in dit decreet vermelde hoedanigheden gelden voor beide geslachten. »

**Art. 3.** Artikel 7, tweede lid, van hetzelfde decreet wordt aangevuld met de volgende zin :

« De veiligheid van de ruimten wordt in het bijzonder aangetoond met een gunstig advies van de bevoegde commandant van de brandweerdienst over de brandveiligheid. »

**Art. 4.** In hetzelfde decreet wordt tussen hoofdstuk 5 en hoofdstuk 6 een hoofdstuk 5.1 ingevoegd dat de artikelen 16.1 tot 16.4 omvat :

« HOOFDSTUK 5.1. — *Gemeentelijke adviescommissie inzake kinderopvang*

*Art. 16.1. Installatie van de GAK*

De gemeenteraad van elke gemeente van het Duitse taalgebied installeert een GAK en legt het huishoudelijk reglement van die commissie vast.

*Art. 16.2. Samenstelling*

§ 1. De GAK bestaat uit :

- 1° een vertegenwoordiger van het gemeentecollege;
- 2° een vertegenwoordiger van het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn van de gemeente;
- 3° telkens één vertegenwoordiger per school die op het grondgebied van de gemeente gevestigd is;
- 4° telkens één vertegenwoordiger per ouderraad van de scholen vermeld in de bepaling onder 3°.

Voor elk in het eerste lid vermeld werkend lid wordt een plaatsvervangend lid aangewezen.

§ 2. Tot de GAK behoren ook met raadgevende stem :

- 1° een vertegenwoordiger van de Minister;
- 2° een vertegenwoordiger van het departement;
- 3° een vertegenwoordiger van het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren;
- 4° andere plaatselijke partners die belangrijk zijn voor de kinderopvang en die door de GAK bij de beraadslagingen betrokken worden.

De Regering kan nog andere dienstverrichters aanwijzen die een raadgevende stem in de GAK hebben.

*Art. 16.3. Werkwijze*

De vertegenwoordiger van het gemeentecollege zit de vergaderingen van de GAK voor. De voorzitter organiseert die vergaderingen op eigen initiatief of op schriftelijk verzoek van een belangstellende en/of op schriftelijk verzoek van een potentiële dienstverrichter.

Een personeelslid van de gemeentediensten woont de vergaderingen van de GAK bij en maakt onder de verantwoordelijkheid van de voorzitter de notulen op.

De Regering kan de verdere werkwijze nader bepalen.

*Art. 16.4. Opdrachten*

§ 1. Op verzoek van de Minister en binnen de door hem gestelde termijn of op eigen initiatief verstrekt de GAK de Minister advies over de volgende punten :

- 1° de berekening van de behoeften inzake kinderopvang in de gemeente op korte en middellange termijn;
- 2° het doen van aanbevelingen om het aanbod inzake kinderopvang te verbeteren, rekening houdend met de plaatselijke omstandigheden en het vaststellen van de kwantitatieve en kwalitatieve voorwaarden die daarvoor vervuld moeten zijn.

§ 2. De GAK geeft advies over alle nieuwe lokale initiatieven voor kinderopvang en zendt haar advies toe aan de Minister. Daartoe bezorgt de potentiële dienstverrichter alle daartoe nodige stukken vooraf aan de GAK.

In het advies worden ten minste de volgende punten behandeld :

- 1° de behoefte aan het nieuwe initiatief voor kinderopvang, met inachtneming van de geografische, demografische en socio-economische omstandigheden;
- 2° de geschiktheid en de ligging van de geplande ruimten;
- 3° het opvangconcept;
- 4° de geplande opvangcapaciteit;
- 5° de kostenbijdrage van de personen belast met de opvoeding;
- 6° indien het advies niet unaniem is : een uiteenzetting van de verschillende standpunten.

De GAK bezorgt haar advies aan de Minister binnen 90 dagen na ontvangst van de stukken van de potentiële dienstverrichter.

In afwijking van het eerste lid kan de Regering uitzonderingen bepalen waarin, op grond van de beperkte draagwijdte van de betrokken initiatieven, geen advies van de GAK vereist is.

§ 3. De Regering kan de GAK nog andere taken opdragen. »

*Afdeling 2. — Personen met een handicap*

**Art. 5.** In artikel 4, § 1, *4bis*, vierde streepje, van het decreet van 19 juni 1990 houdende oprichting van een "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung" (Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap), ingevoegd bij het decreet van 16 december 2003 en gewijzigd bij het decreet van 20 februari 2006, worden de woorden "door de in artikel 20 vermelde evaluatiecommissie" vervangen door de woorden "door het in artikel 20 vermelde gespecialiseerd adviesorgaan".

**Art. 6.** In artikel 20 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 16 december 2003, 20 februari 2006 en 15 maart 2010, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° § 1 wordt vervangen als volgt :

« § 1. Op de voordracht van de raad van bestuur richt de Regering een gespecialiseerd adviesorgaan op.

Het gespecialiseerd adviesorgaan is onafhankelijk en multidisciplinair; overeenkomstig de taken vermeld in het derde lid treedt het gespecialiseerd adviesorgaan op als raadgever, adviesgever en bemiddelaar. Bij zijn werk volgt het adviesorgaan een holistische benadering.

Het gespecialiseerd adviesorgaan heeft de volgende taken :

1° op verzoek van de raad van bestuur of de directeur :

*a)* advies geven over de aanvragen om inschrijving van personen met een handicap en over individuele hulp- en begeleidingsprogramma's van maatregelen die noodzakelijk zijn voor de socio-professionele integratie van personen met een handicap;

*b)* advies geven om te bepalen of de therapeutische behandelingen, technisch-therapeutische hulpverlening, buitengewone pedagogische hulpmiddelen of heelkundige ingrepen die een kind of een jongere met een handicap krijgt of ondergaat al dan niet noodzakelijk zijn voor de maatschappelijke integratie;

*c)* advies geven over situaties waarin leemten in het dienstverleningsnetwerk voor personen met een handicap opduiken of nieuwe behoeften van specifieke doelgroepen worden vastgesteld;

*d)* advies geven over voorgestelde nieuwe projecten en dienstverleningen voor personen met een handicap;

*e)* advies geven over deontologische vragen in de gehandicaptenzorg;

2° op verzoek van de raad van bestuur of de directeur optreden als bemiddelaar in het kader van het klachtenbeheer;

3° op basis van het VN-Verdrag van 13 december 2006 inzake de rechten van personen met een handicap concepten voor de uitvoering van het gehandicaptenbeleid in de Duitstalige Gemeenschap toetsen en advies daarover geven;

4° in het kader van de door de Regering bepaalde voorwaarden en procedureregels de in artikel 30 bedoelde inrichtingen en verenigingen controleren;

5° op verzoek van de raad van bestuur buitengewone adviesactiviteiten uitoefenen.

Het gespecialiseerd adviesorgaan bestaat uit :

1° twee leden van de raad van bestuur;

2° twee deskundigen inzake socio-professionele integratie van personen met een handicap;

3° een tewerkstellingsdeskundige;

4° een onderwijsdeskundige.

De Regering wijst de volgende personen aan op de voordracht van de raad van bestuur :

1° de leden van het gespecialiseerd adviesorgaan;

2° onder die leden de voorzitter van het adviesorgaan.

De directeur kan de vergaderingen van het gespecialiseerd adviesorgaan met raadgevende stem bijwonen."

2° In de § § 2 tot en met 4 worden de woorden "de evaluatiecommissie" vervangen door de woorden "het gespecialiseerd adviesorgaan", de woorden "De evaluatiecommissie" door de woorden "Het gespecialiseerd adviesorgaan" en de woorden "de in § 1 bepaalde evaluatiecommissie" door de woorden "het in § 1 bepaalde gespecialiseerd adviesorgaan ».

**Art. 7.** In artikel 21 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 20 februari 2006, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid worden de woorden "van de evaluatiecommissie" vervangen door de woorden "van het in artikel 20 vermelde gespecialiseerd adviesorgaan";

2° in het tweede lid worden de woorden "van de in artikel 20 vermelde evaluatiecommissie" vervangen door de woorden "van het gespecialiseerd adviesorgaan".

#### *Afdeling 3. — Jeugdbijstand*

**Art. 8.** Het opschrift van het decreet van 9 mei 1988 betreffende de opvang van kinderen tot twaalf jaar en het Fonds voor zwangere vrouwen in noodsituatie en voor kinderbescherming, vervangen bij de decreten van 7 januari 2002 en 19 april 2010, wordt vervangen als volgt :

« Decreet betreffende het Fonds voor bijzondere hulp aan kinderen en jongeren »

**Art. 9.** In artikel *6bis* van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 21 januari 1991 en gewijzigd bij de decreten van 20 februari 2006, 25 juni 2007, 19 april 2010 en 31 maart 2014, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1, eerste lid, worden de woorden "Fonds voor zwangere vrouwen in noodsituatie en voor kinderbescherming" vervangen door de woorden "Fonds voor bijzondere hulp aan kinderen en jongeren, hierna Fonds";

2° in § 1, tweede lid, worden de woorden "voor zwangere vrouwen in noodsituatie en voor kinderbescherming" opgeheven;

3° in § 2 worden de woorden "voor zwangere vrouwen in noodsituatie en voor kinderbescherming" opgeheven;

4° in § 3, tweede lid, worden de woorden "1° tot 3°" vervangen door de woorden "2° en 3°".

#### *Afdeling 4. — Bejaarden*

**Art. 10.** Artikel 12, § 3, van het decreet van 4 juni 2007 betreffende de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden, de seniorenresidenties en de psychiatrische verzorgingstehuizen, gewijzigd bij het decreet van 13 februari 2012, wordt opgeheven.

### *HOOFDSTUK 2. — Culturele aangelegenheden*

#### *Afdeling 1. — Cultuur*

**Art. 11.** In artikel 37, § 2, van het decreet van 18 november 2013 betreffende de ondersteuning van cultuur in de Duitstalige Gemeenschap worden de woorden "uiterlijk op 31 maart van het jaar waarin het project begint," vervangen door de woorden "uiterlijk op 31 december van het jaar dat voorafgaat aan het jaar waarin het project begint".

**Art. 12.** Artikel 69, tweede lid, 3°, van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

**Art. 13.** Artikel 80, § 1, van hetzelfde decreet wordt aangevuld met bepalingen onder 4° en 5°, luidende :

« 4° de rechtspersonen vermeld in artikel 11 van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur die overeenkomstig hetzelfde decreet subsidie voor bouw- en/of uitrustingsprojecten in de culturele sector kunnen krijgen van de Duitstalige Gemeenschap;

5° creatieve ateliers die ondersteund worden overeenkomstig het decreet van 16 december 2003 betreffende de bevordering van creatieve ateliers. »

#### *Afdeling 2. — Jeugd*

**Art. 14.** Artikel 14, eerste lid, 7°, van het decreet van 6 december 2011 ter ondersteuning van het jeugdwerk wordt opgeheven.

**Art. 15.** In hetzelfde decreet wordt tussen hoofdstuk 5 en hoofdstuk 6 een hoofdstuk 5.1 ingevoegd dat de artikelen 55.1 tot 55.4 omvat :

« HOOFDSTUK 5.1. — *Uitrustingsvoorwerpen*

*Art. 55.1. Ondersteuningsprincipes*

§ 1. Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen kan de Regering subsidie toekennen voor de aankoop van uitrustingsvoorwerpen die bestemd zijn voor de uitoefening van jeugdwerk en die niet tot een infrastructuur behoren; die subsidie is bedoeld om een deel van de kosten voor de vernieuwing of uitbreiding van de basisuitrusting te dekken.

§ 2. Subsidies voor uitrustingsvoorwerpen worden alleen toegekend :

1° wanneer de Regering voor elke bestelling of elke aankoop haar schriftelijke toestemming heeft gegeven;

2° wanneer de aanvrager zich schriftelijk ertoe verplicht :

a) geen afstand te doen van de gesubsidieerde voorwerpen gedurende een periode van vijf jaar die ingaat op de dag van de uitbetaling van de subsidies en dit noch gratis, noch tegen betaling;

b) de Regering te allen tijde toe te staan de gegevens te controleren en alle daarop betrekking hebbende documenten in te zien;

c) zijn ontbinding onmiddellijk mee te delen aan de Regering.

In geval van ontbinding worden de gesubsidieerde voorwerpen, in overleg met de Regering, ter beschikking gesteld van een andere jeugdorganisatie.

*Art. 55.2. Aanvraag*

§ 1. De aanvraag kan worden ingediend door ondersteunde jeugdorganisaties.

§ 2. Om de subsidie tijdens het lopende begrotingsjaar te kunnen ontvangen, moeten de aanvragers hun aanvraag voor 31 maart van het betreffende jaar bij de Regering indienen.

§ 3. Bij de aanvraag moeten de volgende documenten worden gevoegd :

1° een verklaring waaruit blijkt waarom de uitrusting moet worden aangeschaft;

2° een kostenstaat.

In afwijking van het eerste lid, 2°, dient de aanvrager drie kostenramingen in indien de uitrusting meer dan 5.500 euro zonder btw kost.

*Art. 55.3. Subsidie*

Nadat is nagegaan dat de ondersteuningsvoorwaarden vervuld zijn, kan de Regering een subsidie voor uitrustingsvoorwerpen toekennen van ten hoogste 50 % .

*Art. 55.4. Plichten*

De uitrustingsvoorwerpen die aangekocht werden met subsidies die op grond van dit hoofdstuk werden toegekend, moeten tegen brand worden verzekerd wanneer ze op een en dezelfde plaats worden opgeslagen.»

*Afdeling 3. — Sport*

**Art. 16.** In artikel 22, § 1, tweede lid, 2°, van het sportdecreet van 19 april 2014, vervangen bij het decreet van 24 februari 2014, worden tussen de woorden "voor zover" en de woorden "het hoofd van de school" de woorden "de minister bevoegd voor Onderwijs of" ingevoegd.

**Art. 17.** In hetzelfde decreet wordt een artikel 22.2 ingevoegd, luidende :

« Art. 22.2. *Ondersteuning van oefenmeesters, trainers en leerkrachten lichamelijke opvoeding*

Op gunstig advies van de Sportcommissie kan de Regering oefenmeesters, trainers en leerkrachten lichamelijke opvoeding een tegemoetkoming ten belope van hoogstens 50 % van de reis- en verblijfskosten en van het inschrijvingsgeld toekennen om deel te nemen aan opleidingen en voortgezette opleidingen in het binnen- en buitenland. »

**Art. 18.** Artikel 23 van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 24 februari 2014, wordt aangevuld met een vijfde lid, luidende :

« Aan hooggekwalificeerde sportverenigingen voor personen met een handicap kan bovendien een jaarlijkse tegemoetkoming van 1.750 euro worden toegekend waarover ze vrij kunnen beschikken. »

**Art. 19.** In artikel 24, eerste lid, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 24 februari 2014, worden tussen het woord "verplegingskosten" en het woord "verkrijgen" de woorden "en van het inschrijvingsgeld" ingevoegd.

**Art. 20.** In artikel 24.1 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 24 februari 2014, worden de woorden "hooggekwalificeerde sportvereniging" vervangen door de woorden "hooggekwalificeerde ploeg".

**Art. 21.** In artikel 26 van hetzelfde decreet wordt tussen het eerste en het tweede lid een nieuw lid ingevoegd, luidende :

« Indien de goedkeuring van een reeds gesubsidieerd project één of meer jaren wordt verlengd, bedraagt de toelage vermeld in het eerste lid hoogstens 250 euro. »

**Art. 22.** In artikel 30 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 24 februari 2014, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de inleidende zin worden de woorden "De in de artikelen 24, 24.1, 28 en 29 vermelde reiskosten" vervangen door de woorden "De in de artikelen 22.2, 24, 24.1, 28 en 29 vermelde reiskosten";

2° de bepaling onder het tweede streepje wordt vervangen als volgt : "- voor verplaatsingen met gemeenschappelijke verkeersmiddelen gelden de bedragen die de vervoersonderneming heeft aangerekend."

**Art. 23.** In artikel 31 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 15 december 2008 en 24 februari 2014, wordt tussen het eerste en het tweede lid een nieuw lid ingevoegd, luidende :

« De in artikel 22.2 bedoelde subsidie kan te allen tijde bij de Regering aangevraagd worden. Elke betrokkene dient de aanvraag persoonlijk in. De voor de subsidiëring noodzakelijke documenten worden bij de aanvraag gevoegd. »



**Art. 24.** In artikel 39 van hetzelfde decreet wordt na het tweede lid een nieuw lid ingevoegd, luidende :

« De sportraad verstrekt de in artikel 34 vermelde adviezen binnen 30 dagen na ontvangst van de aanvraag. Indien binnen de gestelde termijn geen advies is uitgebracht, wordt dit als een gunstig advies beschouwd. »

**Art. 25.** In artikel 48 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° het eerste lid wordt vervangen als volgt :

« De dopingbestrijding en de dopingcontroles geschieden overeenkomstig het decreet van 16 januari 2012 ter bestrijding van doping in de sport. »

2° in het tweede lid wordt de bepaling onder 2° vervangen als volgt :

« 2° de lijst van de verboden stoffen en de verboden methoden in de zin van het decreet vermeld in het eerste lid; »

**Art. 26.** Artikel 2, 3°, van het decreet van 20 november 2006 over het statuut van de sportschutters wordt vervangen als volgt :

« 3° actieve sportschutter : sportschutter die een regelmatige activiteit heeft, d.w.z. die bewijzen kan dat hij per kalenderjaar aan ten minste twaalf schietoefeningen, georganiseerd door een schietfederatie of -club, heeft deelgenomen; »

#### *Afdeling 4. — Volwassenenvorming*

**Art. 27.** In artikel 11 van het decreet van 17 november 2008 ter ondersteuning van de instellingen voor volwassenenonderwijs worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de inleidende zin van het eerste lid worden de woorden "De Regering kan" vervangen door de woorden "Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen kan de Regering";

2° het eerste lid wordt aangevuld met een bepaling onder 4°, luidende :

« 4° toelagen voor de aankoop van uitrustingsvoorwerpen die bestemd zijn voor de uitoefening van een activiteit op het gebied van volwassenenvorming en die niet tot een infrastructuur behoren; die toelagen zijn bedoeld om een deel van de kosten voor de vernieuwing of uitbreiding van de basisuitrusting te dekken. »

3° het vijfde en het zesde lid worden vervangen als volgt :

« Een aanvullende subsidie in de zin van het eerste lid, 4°, bedraagt hoogstens 50 % van de uitgaven. Ze kan alleen gegeven worden :

1° wanneer de Regering voor elke bestelling of elke aankoop haar schriftelijke toestemming heeft gegeven;

2° wanneer de aanvrager zich schriftelijk ertoe verplicht :

a) geen afstand te doen van de gesubsidieerde voorwerpen gedurende een periode van vijf jaar die ingaat op de dag van de uitbetaling van de subsidies en dit noch gratis, noch tegen betaling;

b) de Regering te allen tijde toe te staan de gegevens te controleren en alle daarop betrekking hebbende documenten in te zien;

c) zijn ontbinding onmiddellijk mee te delen aan de Regering;

d) de met subsidie aangekochte uitrustingsvoorwerpen tegen brand te verzekeren, wanneer ze op een en dezelfde plaats opgeslagen worden.

De aanvraag om subsidie in de zin van het eerste lid, 1°, 2° en 4°, wordt jaarlijks uiterlijk op 31 maart bij het Ministerie ingediend. De aanvraag om subsidie in de zin van het eerste lid, 3° en 4°, wordt ingediend vóór de organisatie of de deelneming aan een opleiding of voortgezette opleiding, resp. vóór de aankoop van het uitrustingsvoorwerp.

Bij de aanvraag in de zin van het eerste lid, 1°, 2° en 3°, wordt een gedetailleerde staat van de ontvangsten en uitgaven en een beschrijving van de geplande activiteit gevoegd. Bij de aanvraag in de zin van het eerste lid, 4°, worden de volgende stukken gevoegd :

1° een verklaring waaruit blijkt waarom de aankoop noodzakelijk wordt geacht;

2° een kostenstaat. De aanvrager dient drie kostenramingen in wanneer de totale kostprijs van de aangevraagde uitrustingsvoorwerpen meer dan 5.500 euro zonder btw bedraagt. »

**Art. 28.** In artikel 15 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 25 februari 2013, wordt na het tweede lid een nieuw lid ingevoegd, luidende :

« In geval van ontbinding worden de overeenkomstig artikel 11 gesubsidieerde uitrustingsvoorwerpen, in overleg met de Regering, ter beschikking gesteld van een andere instelling voor volwassenenonderwijs. »

#### *Afdeling 5. — Media*

**Art. 29.** In artikel 90, eerste lid, van het decreet van 27 juni 2005 over de audiovisuele mediadiensten en de filmvoorstellingen, gewijzigd bij het decreet van 13 februari 2012, wordt het woord "drie" vervangen door de woorden "minstens drie en hoogstens vier".

**Art. 30.** In artikel 91, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "of deskundigen zijn op het gebied van de elektronische communicaties" vervangen door de woorden ", deskundigen zijn op het gebied van de elektronische communicatie of het ambt van magistraat van het openbaar ministerie, van gewoon rechter of van staatsraad uitoefenen resp. uitgeoefend hebben."

## HOOFDSTUK 3. — Lokale besturen

**Art. 31.** In artikel L1122-13 van het Wetboek van de plaatselijke democratie en decentralisatie, gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 31 januari 2013, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1. in § 1, vierde lid, worden de woorden "elk lid van de gemeenteraad" vervangen door de woorden "elk lid van de gemeenteraad dat daarom verzoekt";

2. in § 1, vijfde lid, worden de woorden "huishoudelijk reglement" voor de eenvormigheid vervangen door de woorden "reglement van orde";

3. in § 2, tweede lid, worden de woorden "huishoudelijk reglement" voor de eenvormigheid vervangen door de woorden "reglement van orde".

**Art. 32.** In artikel L1122-18 van hetzelfde wetboek, gewijzigd bij de decreten van het Waals Gewest van 8 december 2005 en 26 april 2012, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het derde, vierde en vijfde lid worden de woorden "huishoudelijk reglement" voor de eenvormigheid vervangen door de woorden "reglement van orde";

2° in het zesde lid worden de woorden "het welwillend gehoor en de informatie van de bewoner" vervangen door de woorden "de bereidheid om naar de burgers te luisteren en de informatieverstrekking aan de burgers".

**Art. 33.** In artikel 1122-23, § 2, vijfde lid, van hetzelfde wetboek, gewijzigd bij het decreet van 27 maart 2014, worden de woorden "aan de plaatselijke overheid" opgeheven.

**Art. 34.** Artikel L1122-33, § 2, eerste lid, 1°, van hetzelfde wetboek, wordt vervangen als volgt :

« 1° de administratieve geldboete tot het wettelijk vastgestelde maximumbedrag; »

**Art. 35.** Artikel L1124-19 van hetzelfde wetboek, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 18 april 2013, wordt vervangen als volgt :

« Art. L1124-19. Als de directeur-generaal afwezig is of de betrekking vacant is en er geen adjunct-directeur-generaal in de gemeente is, wijst het gemeentecollege een waarnemend directeur-generaal aan voor een verlengbare termijn van maximum drie maanden.

Voor een doorlopende periode van hoogstens dertig dagen kan het gemeentecollege de directeur-generaal machtigen om zelf een vervanger aan te wijzen. »

**Art. 36.** In artikel L1124-44, § 2, tweede lid, van hetzelfde wetboek, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 18 april 2013, worden de woorden "elke week" vervangen door de woorden "elke maand".

**Art. 37.** In artikel L1213-1 van hetzelfde wetboek wordt na het eerste lid een nieuw lid ingevoegd, luidende :

« Het gemeentecollege is bevoegd voor tijdelijke aanstellingen van personeel. De tijdelijke aanstellingen door het gemeentecollege worden binnen een termijn van drie maanden door de gemeenteraad goedgekeurd. »

**Art. 38.** In artikel L1222-3, tweede lid, van hetzelfde wetboek wordt het woord "gewone" opgeheven.

**Art. 39.** In de Duitse tekst van artikel L1522-5, § 1, eerste lid, van hetzelfde wetboek, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 19 juli 2006, wordt het woord "Verwaltungsrats" vervangen door de woorden "geschäftsführenden Ausschusses".

**Art. 40.** In artikel 1 van het decreet van 20 december 2004 houdende organisatie van het gewone administratieve toezicht op de gemeenten van het Duitse taalgebied, gewijzigd bij het decreet van 15 maart 2010, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid wordt tussen het woord "politiezonen," en de woorden "autonome gemeentebedrijven" het woord "hulpverleningszones," ingevoegd;

2° na het tweede lid wordt een nieuw lid ingevoegd, luidende :

« Voor zover de beslissing van een overheid van een hulpverleningszone met toepassing van de wet van 15 mei 2007 betreffende de civiele veiligheid onderworpen is aan een specifiek toezicht, kan tegen deze beslissing geen toezichtsmaatregel worden genomen wegens de overtreding van een bepaling genomen door of krachtens die wet. »

**Art. 41.** In artikel 2, 2°, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 19 mei 2008 en 15 maart 2010, worden tussen de woorden "het politiecollege," en de woorden "de kerkfabriekraad" de woorden "de raad van de hulpverleningszone, het college van de hulpverleningszone," ingevoegd.

**Art. 42.** In artikel 4, tweede lid, van het decreet van 15 december 2008 betreffende de financiering van de gemeenten en van de openbare centra voor maatschappelijk welzijn door de Duitstalige Gemeenschap wordt tussen de eerste en de tweede zin een zin ingevoegd, luidende :

« De ontvangsten van de gemeenten op grond van de beslissing van het Comité van ministers van de Belgisch-Luxemburgse Economische Unie houdende wijziging van de beslissing van 24 oktober 1975 betreffende de toepassing van artikel 8 van de gecoördineerde Overeenkomst tot oprichting van de Belgisch-Luxemburgse Economische Unie, gedaan te Brussel op 14 december 2001, worden gelijkgesteld met de genoemde jaarlijkse ontvangsten uit de opcentiemen op het inkomen van natuurlijke personen. »

HOOFDSTUK 4. — *Infrastructuur*

**Art. 43.** In artikel 11 van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur, gewijzigd bij de decreten van 25 juni 2007 en 27 april 2009, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° het eerste lid wordt aangevuld met een bepaling onder 3.1, luidende :

« 3.1 de in artikel 2, eerste lid, 1°, en 3° tot 9°, vermelde infrastructuurprojecten voor het tot stand brengen van een gemeenschappelijke ruimte voor een seniorenresidentie in de zin van artikel 1, 8°, van het decreet van 4 juni 2007 betreffende de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden, de seniorenresidenties en de psychiatrische verzorgingstehuizen; »

2° het tweede lid, 11°, wordt opgeheven.

**Art. 44.** In artikel 21, § 2, vierde lid, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 21 maart 2005, wordt de datum "15 september" vervangen door de datum "1 september".

**Art. 45.** In artikel 24, § 2, derde lid, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 25 juni 2007, wordt de datum "15 september" vervangen door de datum "1 september".

**Art. 46.** Artikel 39, § 3, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 23 juni 2008, wordt vervangen als volgt :

« § 3. Is de aanvrager een van de privaatrechtelijke personen bedoeld in artikel 11, eerste lid, dan :

1° bedraagt de toelage, in afwijking van artikel 16, 40 % van het totale subsidieerbare bedrag van de aanneembare uitgaven, met een maximum van 100.000 euro per aanvraag voor een gerangschikt goed;

2° kan een nieuwe aanvraag ten vroegste twee jaar na een vaste belofte voor een bepaald goed in aanmerking worden genomen, tenzij ingestemd wordt met de in artikel 22 vermelde spoed;

3° is artikel 4 niet van toepassing. »

**Art. 47.** In hetzelfde decreet wordt een artikel 42.1 ingevoegd, luidende :

« Art. 42.1. *Gemeenschappelijke ruimten voor seniorenresidenties*

De toelage voor het tot stand brengen van een gemeenschappelijke ruimte voor een seniorenresidentie wordt slechts overeenkomstig artikel 18 uitbetaald, indien de betrokken seniorenresidentie beschikt over het kwaliteitslabel vermeld in artikel 10.2 van het decreet van 4 juni 2007 betreffende de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden, de seniorenresidenties en de psychiatrische verzorgingstehuizen. »

HOOFDSTUK 5. — *Financiën en begroting*

**Art. 48.** Artikel 46, vierde lid, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap, ingevoegd bij het decreet van 13 februari 2012 en gewijzigd bij het decreet van 25 februari 2013, wordt aangevuld met een zesde streepje, luidende :

« - de vzw-fracties vermeld in artikel 2 van het besluit van het Parlement van 3 november 2014 betreffende de financiële en materiële ondersteuning van de erkende fracties, de niet-erkende fracties en de fractielozen. »

**Art. 49.** Artikel 68, tweede lid, van hetzelfde decreet wordt aangevuld met de volgende zin :

« Alleen binnen de organisatieafdeling voor de infrastructuuruitgaven kunnen de vastleggingskredieten over alle basisallocaties van die organisatieafdeling herverdeeld worden. »

**Art. 50.** In artikel 84 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 25 februari 2013, wordt na het tweede lid een nieuw lid ingevoegd, luidende :

« Indien de rekenplichtige van de dienst met afzonderlijk beheer overeenkomstig artikel 83, tweede lid, correcties in de boekhouding verricht, zendt hij - in afwijking van het eerste lid - het gecorrigeerde jaarverslag zelf toe aan het Rekenhof. Tegelijk zendt hij de Regering ter informatie een kopie van de gecorrigeerde jaarrekening. »

**Art. 51.** In artikel 99 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 25 februari 2013, wordt na het tweede lid een nieuw lid ingevoegd, luidende :

« Indien de rekenplichtige van de instelling van openbaar nut overeenkomstig artikel 98, tweede lid, correcties in de boekhouding verricht, zendt hij - in afwijking van het eerste lid - het gecorrigeerde jaarverslag zelf toe aan het Rekenhof. Tegelijk zendt hij de Regering ter informatie een kopie van de gecorrigeerde jaarrekening. »

**Art. 52.** In artikel 105 van hetzelfde decreet wordt na het tweede lid een nieuw lid ingevoegd, luidende :

« De verplichting vervat in het tweede lid geldt niet voor wijzigingen van beheerscontracten met inrichtingen of diensten die overeenkomstig artikel 57, § 2, tweede lid, gesubsidieerd worden, wanneer die wijzigingen het bedrag van de subsidie via een addendum bij het beheerscontract aanpassen. De Regering zendt het Parlement dan ter informatie een kopie van het aangepaste beheerscontract. »

## HOOFDSTUK 6. — Slotbepalingen

**Art. 53.** Dit decreet treedt in werking de dag waarop het wordt bekendgemaakt, met uitzondering van :

1° de artikelen 15, 17, 22, 1°, 23, 27 en 28 die uitwerking hebben met ingang van 1 januari 2014;

2° de artikelen 1, 2, 3, 4, 10, 18, 19, 20, 21, 22, 2°, 24, 25, 29, 30, 40, 41, 43, 46 en 47, die uitwerking hebben met ingang van 1 januari 2015;

3° de artikelen 11 en 16, die op 1 september 2015 in werking treden.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 2 maart 2015.

O. PAASCH  
De Minister-President  
Mevr. I. WEYKMANS  
De Viceminister-President, Minister van Cultuur, Werkgelegenheid en Toerisme  
A. ANTONIADIS  
De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden  
H. MOLLERS  
De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

## Nota

(1) *Zitting 2014-2015.*

*Parlementaire stukken :* 45 (2014-2015), nr. 1. Voorstel van decreet.  
45 (2014-2015), nr. 2. Voorstel tot wijziging.  
45 (2014-2015), nr. 3. Verslag.

*Integraal verslag :* 2. maart 2015, nr. 11. Bespreking en aanneming.

## AUTRES ARRETES — ANDERE BESLUITEN

## SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C – 2015/00157]

## Conseil d'Etat. — Nomination d'un Conseiller d'Etat

Par arrêté royal du 13 février 2015, M. Koen MUYLLE, Référendaire à la Cour constitutionnelle, est nommé Conseiller d'Etat.

## FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C – 2015/00157]

## Raad van State. — Benoeming van een Staatsraad

Bij koninklijk besluit van 13 februari 2015, wordt de heer Koen MUYLLE, Referendaris bij het Grondwettelijk Hof, tot Staatsraad benoemd.

## SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C – 2015/00159]

## Conseil d'Etat. — Nomination d'un Conseiller d'Etat

Par arrêté royal du 13 février 2015, Mme Patricia DE SOMERE, Premier auditeur au Conseil d'Etat, est nommée Conseiller d'Etat.

## FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C – 2015/00159]

## Raad van State. — Benoeming van een Staatsraad

Bij koninklijk besluit van 13 februari 2015, wordt Mevr. Patricia DE SOMERE, Eerste auditeur bij de Raad van State, tot Staatsraad benoemd.

## SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C – 2015/00158]

## Conseil d'Etat. — Dérogation

Par arrêté royal du 13 février 2015 Mme Joke GORIS, Auditeur au Conseil d'Etat, est autorisée à exercer pendant l'année académique 2014-2015 :

- un mandat à raison de 5 % pour le monitorat à la KU Leuven;
- un mandat à raison de 5 % en qualité de chargé de cours pratique à la KU Leuven;
- un mandat à raison de 5 % en qualité d'assistant de pratique à l'Université d'Hasselt.

## FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C – 2015/00158]

## Raad van State. — Afwijking

Bij koninklijk besluit van 13 februari 2015 wordt Mevr. Joke GORIS, Auditeur bij de Raad van State, gemachtigd om tijdens het academiejaar 2014-2015 :

- een mandaat à rato van 5 % uit te oefenen voor monitораatsbegeleiding aan de KU Leuven;
- een mandaat à rato van 5 % uit te oefenen als praktijklector aan de KU Leuven;
- een mandaat à rato van 5 % uit te oefenen als praktijkassistent aan de Universiteit Hasselt.